

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 5. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
06. Dezember 2007	15:19 Uhr	16:40 Uhr	Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15. November 2007	
TOP 3	Weiterentwicklung der Lernentwicklungsberichte in Grundschulen, hier Anträge auf Notenbefreiung gemäß Zeugnisordnung §18 (4)	Vorlage L15/17
TOP 4	Bericht über einheitliche Schulkleidung	Vorlage L16/17
TOP 5	Zuwendungsbericht 2006	Vorlage L17-G12/17
TOP 6	Verfahrensbericht zur Neufassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung über die Zweite Staatsprüfung für Lehrämter an öffentlichen Schulen	mdl. Bericht
TOP 7	Iglu-Ergebnisse	mdl. Bericht
TOP 8	Verschiedenes	

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Oktober 2007

Das Protokoll der 4. Sitzung der Deputation für Bildung vom 15. November 2007 wird im TOP 4 nach dem Redebeitrag von Herrn Güngör durch folgenden Satz ergänzt: "Frau Bösch weist daraufhin, dass der beabsichtigte Wegfall der PISA-Mittel für Bremerhaven zu großen Problemen führen würde, wenn dafür keine Kompensation an anderer Stelle erfolge. Die Einführung der verlässlichen Grundschule, der Ganztagschulen und der Sprachförderung werden aus Ihrer Sicht aus der Zuweisung der Lehrerstunden nicht angemessen berücksichtigt.". Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll genehmigt.

TOP 3 Weiterentwicklung der Lernentwicklungsberichte in Grundschulen, hier Anträge auf Notenbefreiung gemäß Zeugnisordnung §18 (4) **Vorlage L15/17**

Herr Güngör fragt, ob es für die beantragenden Schulen nach der Genehmigung eine Verpflichtung zum sofortigen Verzicht auf Notengebung gibt. Herr Henschen weist daraufhin, dass es sich um eine Erlaubnis zur Notenbefreiung und nicht um eine Verpflichtung handelt.

Herr Rohmeyer spricht sich für eine Weiterentwicklung von Zeugnissen, aber gegen einen Verzicht auf Notengebung aus. Herr Dr. Buhler begrüßt eine zügige Weiterentwicklung der Lernentwicklungsberichte und gibt zu Bedenken, dass eine Änderung der Zeugnisordnung notwendig sei, da die Befreiung von der Notengebung keine Ausnahme mehr darstelle. Frau Senatorin Jürgens-Pieper schließt eine kleine Schulgesetznovelle vor den nötigen Änderungen im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan nicht aus und betont, dass es sich um einen Verzicht auf Notengebung und nicht um einen Verzicht auf Bewertung handelt. Frau Stahmann spricht sich für individualisiertes Lernen aus, begrüßt die Anzahl der weiteren Anträge und erbittet einen Evaluationsbericht in 1 bis 2 Jahren für Schulen die auf Notengebung verzichten. Auf die Frage von Frau Alpers ob die Weiterentwicklung der Lernentwicklungsberichte schon abgeschlossen sei, erklärt Herr Henschen, dass die Beratungsgespräche mit den Schulen noch erfolgen müssen. Verbindliche Formulare werde es zum Hauptzeugnis 2008 geben. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bejaht die Nachfrage von Herrn Dr. Buhler, ob die jetzt Beantragenden bereits zum Zwischenzeugnis auf die Notengebung verzichten könnten. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bewertet im Gegensatz zu Herrn Rohmeyer die Länderabfrage positiv und weist auf die Handhabung bei Privatschulen hin, wo der überwiegende Teil auf Notengebung verzichtet. Frau Senatorin Jürgens-Pieper steht einer Ausweitung der Handhabung auf den SEK I- Bereich auf Nachfrage von Herrn Rohmeyer offen gegenüber.

Beschluss: (Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU)

Die Deputation für Bildung stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zu, den Anträgen der Schulen Friedrich-Ebert-Schule, Am Mönchshof, Brinkmannstraße, Fährer Flur, Halmer Weg, Kantstraße, Lessingstraße, Oslebshauer Heerstraße, Osterholzer Heerstraße, Pulverberg, Schmidtstraße, Uphuser Straße auf Befreiung von der Pflicht der Benotung nach § 18, Abs. 4 der Zeugnisordnung mit erstmaliger Wirkung für das Schuljahr 2007/08 stattzugeben.

TOP 4 Bericht über einheitliche Schulkleidung

Vorlage L16/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper weist darauf hin, dass auf Seite 1 der Vorlage eine Veränderung vorzunehmen ist: In der viertletzten Zeile ist das Wort „verpflichtenden“ zu streichen. Herr Güngör weist daraufhin, dass einer sozialen Ausgrenzung nicht entgegengewirkt würde, wenn alle Eltern die Kosten dafür selbst tragen müssten. Hier seien insbesondere Fördervereine besonders herausgefordert. Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zum Fortgang der Einführung einheitlicher Schulkleidung und betont die Förderung sozialer Kompetenzen durch einheitliche Schulkleidung. Frau Möbus weist daraufhin, dass das Falblatt offenbar nicht alle Schüler und Schülerinnen erreicht habe. Der ZEB werde sich mit diesem Thema befassen und ein Meinungsbild der Eltern einholen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt einen Bericht unter Einbeziehung der ZEB-Abfrage zur Meinungsbildung an den Schulen zu.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht der Senatorin für Bildung und Wissenschaft über die Einführung einheitlicher Schulkleidung zu Kenntnis.

TOP 5 Zuwendungsbericht 2006

Vorlage L17-G12/17

Frau Stahmann weist auf gesunkene Zahlen von Schullandheimaufenthalten hin und bittet um eine Vorlage zur Situation der Schullandheime aufgrund der geänderten Richtlinie für Klassenfahrten. Herr Henke klärt die Frage von Frau Alpers hinsichtlich unterschiedlicher Zahlen zum Berufsbildungswerk in Text und Zahlenwerk dahingehend auf, dass es sich zum einen um bewilligte und zum anderen um tatsächlich ausgezahlte Mittel handelt. Herr Rohmeyer bittet um Informationen zu den fehlenden Ausgaben an die Gesamtschülervertretung. Herr Henke erklärt, dass aufgrund fehlender Kassenberichte Geld zur eigenen Verfügung nicht ausgezahlt werden konnte. Frau Moning ergänzt, dass vorgelegte Rechnungen direkt durch die Behörde beglichen wurden. Herr Deuchler erkundigt sich in diesem Zusammen-

hang nach der behördlichen Unterstützung der Arbeit der GSV. Herr Feuser weist darauf hin, dass die GSV durch eine Lehrkraft des Kippenberggymnasiums unterstützt werde. Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zur Arbeit der GSV in der Februarsitzung. Frau Stahmann bittet darum, dass in diesem Bericht auch die Unterstützung der GSV-Arbeit durch die Behörde dargestellt wird. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt eine Vorlage zu.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die Daten für den Zuwendungsbericht 2006 zur Kenntnis.

**TOP 6 Verfahrensbericht zur Neufassung der Ausbildungs- und mdl. Bericht
Prüfungsordnung über die Zweite Staatsprüfung für
Lehrämter an öffentlichen Schulen**

Frau Senatorin Jürgens-Pieper berichtet, dass sich durch das neue Lehrerausbildungsgesetz die Struktur der Lehrämter verändert habe, die Ausbildungsanforderungen an den von der KMK vereinbarten Kompetenzstandards "Unterrichten", "Erziehen", "Beraten und Beurteilen" und "Innovieren" angepasst wurden, das Prinzip für Prüfungsanforderungen von "geprüft wird, was gelehrt wurde" zum "Outcoming"-Prinzip vollzogen und die Dauer des Vorbereitungsdienstes von 24 auf 18 Monate (ab Aufnahme Vorbereitungsdienst zum 01.05.08) verkürzt wurde. Der PR Bremerhaven bittet um die Vorlage eines Evaluationsberichtes zum geänderten Lehrerausbildungsgesetz insbesondere im Hinblick auf den gekürzten Fachleiterunterricht. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt einen Bericht zu. Frau Stahmann weist auf Irritationen bei der Berufsschullehrerausbildung im Hinblick auf das zweite Fach hin. Frau Böschen ergänzt, dass derzeit an der Uni zum Hauptfach ein affines Fach anstelle eines allgemein bildenden Faches gelehrt wird. Dies werde die Beschäftigungsfähigkeit der Anwärter in Bremen und anderen Ländern erschweren, da an Berufsschulen allgemeinbildende Fächer unterrichtet werden müssten, die durch das zweite Fach abzudecken seien. Herr Henschen weist auf Gespräche des LIS mit Bremer Berufsschulleitungen hin, um die Schwierigkeiten bei der Einstellung der betroffenen Studierenden mit einem beruflichen Haupt- und einem affinen Zweitfach zu beheben. Die Gestaltung des Studienganges mit einem beruflichen Haupt- und einem allgemeinbildenden Zweitfach werde jedoch grundsätzlich beibehalten und die Einhaltung dieser Rahmenvorgabe sei durch Gespräche mit der Universität sichergestellt. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt die Vorlage zur Neufassung der VO unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren für die Deputationsitzung im Februar zu.

Beschluss:

Die Deputation nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Iglu-Ergebnisse

mdl. Bericht

Frau Senatorin Jürgens-Pieper berichtet zu den Ergebnissen der Internationalen Grundschulleseuntersuchung (Iglu) und gibt einen Ausblick zu den PISA-Ergebnissen 2006. Die Bundesländerergebnisse von IGLU könnten erst Mitte 2008 erwartet werden. Die deutschen IGLU-Ergebnisse seien etwas untergegangen, aber signifikant besser als die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten in den Klassen 9 und 10. Es müsse untersucht werden, wodurch der Bruch zustande komme. Die soziale Herkunft sei immer noch entscheidend. Die Lesemotivation von Jungen habe zugenommen und es bestünden kaum mehr Differenzen zwischen Mädchen und Jungen. Migranten liegen in Ihren Leseleistungen ein Jahr und mehr gegenüber Kindern ohne Migrationshintergrund zurück. Außerdem erhalten Sie immer noch bei gleicher Leistung sehr viel schwerer eine Gymnasialempfehlung als Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Herr Rohmeyer schlägt vor, für die Fachausschuss-Arbeit die Länderergebnisse abzuwarten oder zu versuchen die Ergebnisse vorzeitig von Herrn Prof. Boos zu erhalten. Frau Senatorin Jürgens-Pieper wird versuchen, Herrn Prof. Boos zu einer der Fachausschusssitzungen einzuladen. Frau Stahmann bemängelt, dass die Lernausgangsleistung nicht erhoben werden und so nicht ersichtlich sei, welche Maßnahmen tatsächlich zu Lernzuwachs führen. Herr Dr. Buhler fragt nach den Erkenntnissen, die aus den Sprachleistungstests gezogen würden. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass Rückschlüsse nur vorsichtig zu ziehen seien und die PISA-Ergebnisse hinzugezogen werden müssten. Frau Schmidtke weist darauf hin, dass Förderungen sehr viel früher beginnen

müssten. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bestätigt dies und weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit der KTHs und Grundschulen verbessert werden müsste, um die Sprachförderung früher beginnen zu können. Dafür sollten ggf. auch Lehrkräfte eingesetzt werden. Beide Studien sagten, dass die Sprachkompetenz der Schlüssel für die schulische Entwicklung von Kindern sei. Sie spricht sich dafür aus, dass auch Kinder sprachförderpflichtig gemacht werden sollten, die nicht die Kindergärten besuchen. Frau Alpers weist darauf hin, dass die Sprachkompetenz von Eltern ebenso gefördert werden müsse. Herr Dr. Buhkert spricht sich für eine verpflichtende Sprachförderung aus. Frau Dogan fordert, die Förderung von Kindern über das 10 Lebensjahr hinaus zu verstärken, um den Leistungseinbruch nach der Grundschule abzuschwächen. Herr Deuchler fragt, ob den Schülern und Schülerinnen Geld für die Teilnahme an PISA-Tests geboten wurde. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erwidert, dass dies probeweise in einer der früheren Studien gemacht wurde, aber keine besseren Ergebnisse festzustellen waren. Generell spricht sie sich für ein neues Sprachkonzept aus und sagt die Vorlage eines durchgängigen Konzeptes zu.

TOP 8 Verschiedenes

1. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Buhkert hinsichtlich der Aufnahme von Dyskalkulie in die LRS-Richtlinie, erklärt Herr Henschen, dass die KMK kurz vor der Verabschiedung einer Rahmenplanung stünde und in Bremen dann analog verfahren werde. Herr Dr. Buhkert spricht sich für einen Alleingang Bremens aus, sollte es zu keiner KMK-Entscheidung kommen.
2. Herr Rohmeyer bittet um eine Sitzung der Deputationen in Bremerhaven. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt dies zu.
3. Herr Beilken erkundigt sich nach dem Sachstand der Kürzungen beim "nicht unterrichtenden Personal (NUP)" und bei der Weiterbildung. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass zum NUP eine Lösung in Arbeit ist und es voraussichtlich im Februar dazu einen Beschluss geben werde. Herr Staatsrat Othmer erklärt, dass es bei der Weiterbildung zu einer Unterstützung von den Senatorinnen für Finanzen sowie Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales kommen werde.
4. Frau Dogan weist daraufhin, dass die Abschlussarbeiten an Gesamtschulen Probleme bereiten im Hinblick auf das Erreichen der Oberstufe des Gymnasialen Bildungsganges. Die Durchlässigkeit müsse im Interesse der Gesamtschulen verbessert werden. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt zu, dass dieses Thema im Fachausschuss einbezogen wird.

Senatorin

Sprecherin

Protokollantin